

Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0,35 R.-M., für 48 Stunden 0,40 R.-M., die Reklamenda- und Annoncenzeile im Anschluss an reaktionellen Text 20 mm breit, kostet 2 R.-M., für 48 Stunden 2,50 R.-M., abgesehen 5% Kistenrabatt. — Die Briefgebühren für Zustellungsanzeigen beträgt 0,30 R.-M. — Die Einzahlung an bezahlten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernehmen werden.

Unabhängige Tageszeitung mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugpreise: Bei freier Zustellung durch Boten ins Haus monatlich 2,00 R.-M., Postbezugs für den Monat 2,00 R.-M., einschließlich 0,48 R.-M. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbestellungen: Für die Woche 1,00 R.-M., Einzelnummer 10 R.-Pf., außerhalb Groß-Dresdens 15 R.-Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-K., Ferdinandstr. 4 • Postadresse: Dresden-K. 1, Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 14194, 20024, 27931-27933 • Telegr.: Neueste Dresden Postfach Dresden 2000 — Nichtverlangte Einblendungen ohne Rückwärts werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt. — Im Falle üblicher Gewalt, Zerstörung oder Störung haben unsere Leseger keine Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 93 / 40. Jahrgang x

Mit der Beilage „Die Frau in der Gegenwart“

Donnerstag, 21. April 1932

Zwei Millionen Morgen Land für Siedlung

Amerika nochmals gegen Schuldenerlaß vor Lösung der Reparations- und Abrüstungsfrage — Immer neue Ueberraschungen in der Kreuger-Affaire

Großzügige Siedlungsaktion der Reichsregierung

WTB, Berlin, 20. April. (Durch Funkdruck)

Am 19. April 1932 fand unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers eine Besprechung sämtlicher an der Durchführung der landwirtschaftlichen Siedlung beteiligten Reichsminister statt.

Die Umwandlung der Kleinfelder und gleichzeitig die Förderung neuer Kreise nach landlicher Ansiedlung verlangen eine positive Lösung. Die Reichsregierung sieht in einem großzügigen Siedlungs-werk im Osten eine schöpferische Tat der Wiederanknüpfung nach den notwendigen, aber nur negativen Abwehrmaßnahmen zum Schutz von Staat und Wirtschaft. So kann auch der gegenwärtig kurzfristige Druck ergiebiger Nutzlosigkeit und festlicher Ermüdung von unserem Volke genommen werden.

Zwei Millionen Morgen Land, das trotz aller Hilfsmaßnahmen den bisherigen Eisenminen nicht erhalten werden kann, soll zehntausende neuer Siedler im deutschen Osten fest verankern. Die Ost- und Vorderarbeiten wie die Bauarbeiten des Ostens, in der alten Heimat neu verwurzelt und mit neuem Blut aus dem Ueberfluß der Landwirtschaft des Westens bezieht, bilden einen festen Ball zur Erhaltung deutschen Lebens und deutscher Kultur im deutschen Osten. Für Tausende wird die lebensfähige Erwerbslosigkeit

gehoben, Handel und Gewerbe im Osten können neu aufleben.

Trotz allen Nöten der Wirtschaft und Schwierigkeiten der Finanzen des Reiches ist die Reichsregierung entschlossen, die erforderlichen Mittel bereitzustellen. Viele neue Siedlung wird aber, im Gegensatz zu den Siedlungen einer wirtschaftlich günstigeren Vergangenheit, so einfach und sparsam errichtet werden müssen, daß sie dem Siedler auch unter ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen ein dauerndes Fortkommen bietet. Darum muß aber auch der neue Siedler auf alle überhöhten Ansprüche verzichten. Nur das Notwendigste an Einrichtungen und Gebäuften aus billigen heimischen Materialien, wo immer möglich aus Holz, kann ihm für den Anfang bereitgestellt werden. In umfassender Weise muß der Siedler selbst am Aufbau mitwirken.

Der freiwillige Arbeitsdienst muß weiterhin gehende Hilfe leisten. Neue Siedlungsformen müssen ohne bürokratische Hemmnisse und überflüssigen Scherenschnitt für dieses Werk gefunden werden. Die Bereitschaft weiter Kreise zur Mitarbeit in allerley Formen von Gemeinschaften und Bänden muß voll angereizt werden. Eine außergewöhnliche Zeit verlangt außergewöhnliche Maßnahmen. Die geeigneten Maßnahmen zur Förderung dieses Wertes sind in Vorbereitung. Sofort nach Rückkehr des Kanzlers sollen sie im Kabinett verabschiedet werden.

Bedeussame Erklärungen Borahs

Sonderabdruck der Dresdner Neuesten Nachrichten

Washington, 20. April. (Durch Ulrich Vrech)

Eine vielbesprochene Rede über die Streichung der Kriegsschulden wurde vom Vorsitzenden des auswärtigen Senatsauschusses, Senator Borah, vor dem Plenum gehalten. Das neue englische Budget, das keinerlei Zahlungen für Kriegsschuldentilgung enthält, veranlaßt den Senator, einen heftigen Vorstoß gegen das Prinzip der Kriegsschuldentilgung zu machen. Er erklärte, daß bis zu der Zeit, da die Friedensverträge einer Revision unterzogen worden sind und man die Rückgaben herabsetzt hat, jede Diskussion über Schuldentilgung ein zweifelsloser Zeitvertreib sei, denn, so erklärte Borah, eine wirtschaftliche Erholung Europas sei unter den herrschenden Zuständen mit oder ohne Kriegsschuldenlasten unmöglich.

Wollte jedoch von Europa ein Plan ausgearbeitet werden, der dem amerikanischen Steuerzahler Hoffnung auf Besserung der Geldsituation macht, so würde der Steuerzahler bezwillingen europäischen Vorschlägen ein größeres Wohlwollen entgegenbringen. Bis jetzt, so betonte Borah, habe man aber immer Pläne ausgearbeitet, die den Zweck hatten, die Kosten des Krieges von Europa auf die Schultern des amerikanischen Steuerzahlers abzuwälzen.

Nachdem Borah eine Reihe von Jahren über die Rückgaben verlesen hatte, sagte er, daß das Ergebnis des Hoover-Reisjahres durchaus enttäuschend sei. Man könne aber in keiner Weise die Vereinigten Staaten für diese Enttäuschung verantwortlich machen. Man könne eher die Schuld den europäischen Ländern zuschieben, behauptete der Senator, die politische Fragen für wichtiger zu halten als die Fragen der Wirtschaft.

Im Staatsdepartement erklärte man, von der britischen Regierung keine Beachachtung erhalten zu haben, daß sie keine weiteren Zahlungen an Amerika leisten wolle. Man legt Chamberlains Erklärung keine erhebliche Bedeutung bei, sondern nimmt an, daß die britische Regierung nur das Ergebnis der Konferenz abwarten will, bevor sie diese Posten dem Budget einflügt.

Um das Verbot aller Wehrverbände

Ein Brief der sächsischen Regierung — Dörferrmann wieder bei Groener

Genau morgen wurde von einigen Berliner Zeitungen mitgeteilt, die Regierung von Weichenburg-Streitlich, die sich aus Preussensnationalen und Nationalsozialisten zusammensetzt, habe nunmehr den offiziellen Antrag gestellt, das Reichsbanner im ganzen Reich zu verbieten. Die Reichsregierung in Berlin hat diesem Antrag keinen Widerspruch entgegengebracht. Diese Maßnahmen treffen, wie sich jetzt herausstellt, nicht zu. Jedenfalls ist, wie uns mitgeteilt wird, bei den zuständigen Berliner Reichsbehörden heute Vormittag von der Angelegenheit noch nichts bekannt. Auch bei der Gesamtheit von Weichenburg-Streitlich lag es bis zu den Mittagsstunden ein Antrag der Regierung nicht vor. Auch die Behauptung, daß die anderen Länder einen entsprechenden Antrag gestellt hätten, ist nicht richtig.

Den Reichsbehörden liegt indes ein Brief des sächsischen Ministerspräsidenten vor. Der Inhalt dieses Briefes, der augenscheinlich Ende der letzten Woche geschrieben worden ist, wurde zuerst von der „Berliner Morgenpost“ in ihrer Dienstausgabe veröffentlicht. Das genannte Blatt teilt mit:

„Die sächsische Regierung hat, noch ehe der Brief des Reichspräsidenten an den Reichsinnenminister eingelangt, auch von sich aus einen Brief an die Reichsregierung gerichtet, worin sie zu dem überaus wichtigen Verbot der nationalsozialistischen Wehrgesellschaften Stellung genommen hat. Soweit wir unterrichtet sind, hat die sächsische Regierung besonderen Wert darauf gesetzt, daß alle den nationalsozialistischen Wehrgesellschaften gleichgerichteten anderen Organisationen vollkommen paritätisch behandelt werden. Die sächsische Regierung vertritt wie von jeher, so auch beim Verbot der nationalsozialistischen Wehrgesellschaften den Standpunkt, daß in Sachsen streng objektive und gleichmäßig nach allen Seiten vorgegangen werden müsse.“

Eine amtliche Veröffentlichung der sächsischen Regierung liegt noch nicht vor, jedoch wird und auf Anfrage die Verfasser des Briefes beständig. Man stellt immerhin ein derartiges wichtiges Ereignis fest, daß man über eine derartig wichtige Entscheidung der sächsischen Regierung erst auf dem Umwege über ein Berliner Blatt Kenntnis erhalten mußte. Auch der sächsische Brief enthält nicht direkt die Forderung nach einer Auflösung des Reichsbanners, sondern spricht sich nur

ganz allgemein dafür aus, daß alle Verbände, die ähnlich wie die nationalsozialistischen Formationen einen Staat im Staate bilden, gleichmäßig zu verbieten seien. Auch wir haben an dieser Stelle den Standpunkt vertreten, daß es allein Aufgabe des Statists ist, die Ruhe und Ordnung und den Schutz der Versammlungsfreiheit zu gewährleisten. Voraussetzung ist selbstverständlich, daß dieser Schutz wirksam, rasch und völlig unparteiisch nach allen Seiten hin erfolgt.

Unter diesen hat auch der Stahlhelm eine Erklärung erlassen, in der er sich auf den Standpunkt stellt, es sei falsch, das Verbot des Reichsbanners zu verlangen. Man müsse vielmehr die Aufhebung des Verbots der SA. fordern. Nach einem Bericht der „Volksischen Zeitung“ hat Reichsinnenminister Groener gestern nochmals den Bundesführer des Reichsbanners, Dörferrmann, empfangen, um mit ihm die Durchführung des vom Reichsbanner bereits eingeleiteten Abbaus der in der letzten Zeit gebildeten Sonderformationen der Eisenen Front zu besprechen.

Der Berliner Standpunkt

B. Berlin, 20. April. (Sig. Drahtbericht)

Im Reichsinnenministerium wird und mit aller Bestimmtheit erklärt, der sächsische Ministerpräsident habe in seinem Schreiben weder ein Verbot des Reichsbanners gefordert, noch überhaupt das Reichsbanner oder eine der anderen Wehrgesellschaften auch nur genannt. Man sieht im Reichsinnenministerium in diesem Brief auch keinen „Schritt“ der sächsischen Regierung, keine Forderung an das Reich in irgend einer Richtung.

In dem Brief ist, wie wir hören, von verschiedenen Dingen die Rede. Unter anderem von der Durchführung des SA.-Verbotes in Sachsen. Bei der Gelegenheit wird dann gesagt, daß Sachsen das Reichsinnenministerium erlaube, nachzusprechen, ob nicht auch bei den anderen Wehrgesellschaften die Voraussetzungen für ein Verbot gegeben seien. Es wird die Auffassung vertreten, daß genau so wie die SA. auch keine anderen Gruppen sich als Staat im Staat ausbilden dürfen. Das ist — auf diese Stellung legt man in der Umgebung Dr. Groeners besonderen Wert — die nämliche Auffassung, die man auch im Reichsinnenministerium hat.

Englands neues Budget

Rein Posten für Reparationsrückgänge und Schuldentilgungen eingeseht

Einiges Auffehen erregte die gestrige Rede, mit der der britische Schatzkanzler Neville Chamberlain, der Bruder des ehemaligen Außenministers Chamberlain, sein im England mit Spannung erwartetes Budget für das Etatsjahr 1932 im Unterhaus vorlegte. Abgesehen davon, daß der Inhalt dieser Rede nicht ganz den optimistischen Erwartungen bestimmter englischer Kreise entsprach, sondern keinerlei Steuerermäßigungen enthält und die Rückkehr zum Goldstandard in eine ferne Zukunft rückt, ging aus den Ausführungen des Schatzkanzlers hervor, daß der neue englische Etat auf der Einnahmenseite keinen Posten für deutsche Reparationsrückstellungen, auf der Ausgaben Seite aber auch keine Schuldentilgungen an Amerika vorlegt.

Der englische Etat ist also nach genau den entgegengesetzten Grundlagen balanciert worden, wie der Etat des französischen Finanzministers Mandin, der die künftigen deutschen Reparationsrückstellungen in höherer Höhe in seinen Haushaltsplan einrechnet. Zweifellos ist das englische Vorgehen realpolitischer. Denn der Einnahmeposten (Finanz) hat natürlich lediglich statistischen Wert; es sind von Deutschland keinerlei Zahlungen zu erwarten. Rückwärts hat die Tatsache, daß Chamberlain auch auf der Ausgaben Seite keine Zahlungen an Amerika vorsieht, in den Vereinigten Staaten großes Aufsehen erregt. Denn in Washington hält man mit unerbittlicher Strenge an dem Grundsatz fest, daß die Reparationen mit den Kriegsschulden nichts zu tun haben. Verschiedene Senatoren haben nach der Rede Chamberlains bereits mit aller Schärfe betont, daß eine Verlängerung des Moratoriums oder ein Schuldenerlaß Amerikas nicht in Frage komme.

Trotzdem sieht man im Staatsdepartement in Washington nicht auf dem Standpunkt, daß die Rede Chamberlains die Ankündigung einer Zahlungsverweigerung Englands sei. Aus dem sehr vorsichtig formulierten Wortlaut der Rede Chamberlains (vgl. den heutigen Bericht unseres Londoner RF.-Korrespondenten) kann dies auch kaum herausgefunden werden. Chamberlain hat ausdrücklich betont, daß bei der Entscheidung über die in Frage kommenden Etatsposten keinerlei neue politische Entschlüsse gefaßt werden sollen, sondern daß England

lediglich vor Beendigung der Vanuier Konferenz keine bestimmte Mittel zusetzen wollen. Nach der Vanuier Konferenz werde man klarer sehen und eventuell einen Ergänzungshaushalt vorlegen.

Die Konferenz von Louanue kann natürlich, soweit Deutschland in Frage kommt, keinerlei Änderung der jetzigen Situation bringen. Deutschland ist nicht fähig, Reparationen zu leisten. Man wird also in Louanue, wenn man wirklich endlich aus der Sackgasse herauskommen will, in die sich die europäischen Regierungen nach dem Hoovermoratorium hineinmandrieren haben, die Reparationsfrage als eine europäische Frage ansprechen und als europäische Frage lösen müssen. Erst wenn dies geschehen ist und wenn außerdem noch eine Vereinbarung über eine dritte Vertragsänderung aller Richtigungen getroffen worden ist, wird — das hat Senator Borah gestern nochmals eindringlich und absichtlich mit der allergrößten Deutlichkeit betont — Amerika in der Schuldfrage mit sich reden lassen.

Keine Rückkehr zum Goldstandard

Neville Chamberlains Rede im Unterhaus

Telegramm unseres Korrespondenten

RF. London, 20. April

Der Staatshaushalt, den Schatzkanzler Neville Chamberlain gestern dem Unterhaus vorlegte, hat einen geradezu niederdrückenden Eindruck hinterlassen. Mit schmerzlicher Ermüdung erkennt die englische Öffentlichkeit das Ende des, das England, entgegen den optimistischen Erwartungen der letzten Wochen,

nach für ein weiteres Jahr den Gürtel enger schnürten muß.

Die Anspannung der Steuerfrage, die der Aristokrat Snowden im letzten September brachte, muß in vollem Maße beibehalten werden, und die Einschränkung der Staatsausgaben wird sogar noch verschärft. Chamberlain hat, um es kurz zu fassen, auf der Notlage der Staatsfinanzen keinen anderen Ausweg gefunden, als Snowdens Stellung vom vorigen

ST. 82

M
RESTRASSE

AB HEUTE

A
stspiel

ry Bender
er
LIC

2. April 1932 abds. 8 Uhr
haus, Ost-Allee 16

Sicherer Vortrag
ererbte Bestände
Die Störungen
durch die Knappheit
des Rohmaterials
von der Nervosität — Erlös-
vermögensteuern — Confinco —
Anwartschaften — Ver-
änderungen — Die Wirtschaft
— Statistik der Bevölkerung
— Haushaltsfragen vorwärts
Für Mittel- und Klein-
gruppe Dresden.
Lichtspiele
Prillitzer Straße 16
Vorabend
der Lieder
Pfeiffer
den Mittwoch
Damen-Kränzchen
in kleinen Tänzchen
heum
anz
solist
hoben einige Tage hat
yale
aus
-Abend
Artisten-Loge
Tanzmarken 0,30
Tanzmarken, 0,25
Tanzmarken, 0,20
Tanzmarken, 0,15
Tanzmarken, 0,10
Tanzmarken, 0,05
Tanzmarken, 0,02
Tanzmarken, 0,01
Tanzmarken, 0,00

Mit-Pianos
Bachmann, Richter, H.
Hunde- und
Katzenbesitzer
besitzt die
Vorträge
die
Allen Tierbesitzer
vereins, Dresden
Altenbühlstraße 6
Dienstag, nachts
Frei, 6-7 U. Mittw.

Wald- und
Wald- und
Wald- und
Wald- und
Wald- und
Wald- und
Wald- und
Wald- und
Wald- und
Wald- und

Wald- und
Wald- und
Wald- und
Wald- und
Wald- und
Wald- und
Wald- und
Wald- und
Wald- und
Wald- und